

Deutsches
Wirtschaftsforschung
- 1. MAI 1952
Archiv

Geldkapitalbildung und Kreditversorgung der westdeutschen Wirtschaft seit Mitte 1951	S. 73 ff.
Westberliner Nahrungsmittelhandwerk 1951	S. 75 f.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang Berlin, den 9. Mai 1952 Nummer 19

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Geldkapitalbildung und Kreditversorgung der westdeutschen Wirtschaft seit Mitte 1951

Die seit nunmehr einem Jahr festzustellende Verflachung in der Aufwärtsbewegung der westdeutschen Wirtschaft¹⁾ weckt das Interesse an der Frage, welcher Zusammenhang zwischen dieser Verlangsamung des allgemeinen Wachstumstempos und der Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt besteht. Der nachfolgende Beitrag versucht zu zeigen, daß tatsächlich, zumindest seit Mitte des vergangenen Jahres, gewisse deflatorische, vor allem vom Kapitalmarkt ausgehende Tendenzen sichtbar geworden sind.

Die Geld- und Kreditverhältnisse Westdeutschlands werden seit der Währungsreform in erheblichem Umfange durch strukturelle Störungen beeinflusst. Die Ursachen dieser Störungen liegen bekanntlich in der unzumutbaren Form der Geldkapitalbildung (überwiegende Bevorzugung des liquideren Kontensparens gegenüber dem Anlage- und Beteiligungssparen), im anomalen Zinsgefälle und im Übergewicht der staatlichen gegenüber der privaten Geldkapitalbildung. Im konjunkturellen Auf und Ab des Wirtschaftsablaufes konnten diese Störungsfaktoren bisher weder beseitigt noch auch nur gemildert werden. Sie sind damit fast zu einem chronischen Zustand geworden, mit dem die offizielle Geld- und Kreditpolitik rechnen muß, gleichgültig, ob der konjunkturelle Verlauf Hausse- oder Baissetendenzen zeigt. Für die möglichen negativen Wirkungen eines derartigen, aus den genannten Ursachen nicht ausgeglichenen Geld- bzw. Geldkapitalkreislaufes bietet die sich ab Mitte 1951 anbahnende und gegenwärtig anhaltende Entwicklung der Geldseite der westdeutschen Wirtschaft ein anschauliches Beispiel.

Überschüsse der Geldkapitalbildung

Seit Mitte 1951 nimmt das von der privaten Wirtschaft und öffentlichen Hand aufgebrachte und den Banken zur Verfügung gestellte Geldkapital in der Bundesrepublik schneller zu als die aus diesen Geldkapitalmitteln gespeisten längerfristigen Kredite. Die nachstehende Übersicht der vierteljährlichen Veränderungen des bei dem westdeutschen Bankensystem aufgenommenen Geldkapitals (Spareinlagen, von den Geldinstituten abgesetzte, festverzinsliche Schuldverschreibungen und längerfristig von den Banken aufgenommene Mittel) zeigt, daß diese Tendenz sich besonders im letzten Vierteljahr 1951 erheblich verstärkt hat. Hierbei ist vor allem der steile und anhaltende Anstieg der Spareinlagen, die ihren Anteil an der gesamten Geldkapitalbildung auf rund ein Drittel gegenüber einem Fünftel am

Anfang dieser Entwicklung erhöhen konnten, maßgebend beteiligt.

An die Stelle der entweder aus Zentralbank- oder aus Geldmarktmitteln finanzierten und auf die gesamte Kreditversorgung expansiv wirkenden „Fehlbeträge“ einer hinter der längerfristigen Kreditgewährung zurückbleibenden Geldkapitalbildung in der Periode vom dritten Vierteljahr 1950 bis zum zweiten Vierteljahr 1951 sind seit dem dritten Vierteljahr 1951 Überschüsse im Geldkapitalsektor getreten, die kontrahierende Kräfte in der längerfristigen Kreditversorgung der Nichtbanken widerspiegeln.

Veränderungen der Geldkapitalbildung und längerfristigen Kredite seit Mitte 1950
in Mill. DM

Vierteljahr	Geldkapitalbildung ¹⁾				Längerfristig gewährte Kredite	Saldo der Geldkapitalbildung ²⁾
	Gesamt	davon				
		Spareinlagen	an Nichtbanken abgesetzte Schuldverschreibungen	von Nichtbanken bereitgestellte längerfristige Mittel		
1950 III	+ 835	+ 68	+ 114	+ 653	+ 1 280	— 445
IV	+ 1 087	+ 171	+ 114	+ 802	+ 1 456	— 369
1951 I	+ 615	— 1	+ 86	+ 530	+ 1 020	— 405
II	+ 671	+ 137	+ 116	+ 418	+ 1 120	— 449
III	+ 1 027	+ 252	+ 177	+ 598	+ 952	+ 75
IV	+ 1 663	+ 531	+ 348	+ 784	+ 1 192	+ 471

¹⁾ Zunahme (+) bzw. Abnahme (—). — ²⁾ Überschuss (+) bzw. Fehlbetrag (—) gegenüber der längerfristigen Kreditgewährung.

¹⁾ Zunahme (+) bzw. Abnahme (—). — ²⁾ Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—) gegenüber der längerfristigen Kreditgewährung.

Geldkapitalüberschüsse und Ausweitung des kurzfristigen Kreditvolumens

Im Rahmen der konjunkturellen Wiederbelebung, die in der westdeutschen Wirtschaft nach der Frühjahrs- und Sommerstagnation im dritten Vierteljahr 1951 eingesetzt hatte, sind diese

¹⁾ Vgl. F. Grünig: „Quantitative Betrachtungen zur Wirtschaftslage in Westdeutschland.“ Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1952, Erstes Heft, S. 20.

kontrahierenden Kräfte des Geldkapitalsektors jedoch zunächst durch die starke Ausweitung der kurzfristigen Kredite mehr als ausgeglichen worden. Zwischen der kontrahierend wirkenden „Stilllegung“ im Geldkapitalsektor und der Ausweitung der kurzfristigen Kreditversorgung besteht sowohl auf seiten der Kredit anbietenden Banken wie auch auf seiten der Kredit nachfragenden Nichtbanken¹⁾ ein enger Zusammenhang, der im wesentlichen durch die vorgenannten Strukturfehler bedingt wird.

Durch das überwiegende Kontensparen der Wirtschaft und die ebenfalls zu einem erheblichen Teil über Konten erfolgende Geldkapitalbildung der öffentlichen Hand fließen den Banken in steigendem Umfange Mittel zu, die, sofern sie nicht im gleichen Tempo im langfristigen Aktivgeschäft wieder mobilisiert werden, Liquidität und Kreditpotential des privaten Bankensystems erhöhen. Zunehmende Liquidität und erweitertes Kreditpotential, gleichbedeutend mit erhöhter Reservebildung und abnehmender Abhängigkeit vom Zentralbanksystem, verstärken entsprechend das Anlagebedürfnis der Banken und damit ihre Bereitschaft zur Kreditgewährung. Das anomale Zinsgefälle, d. h. der relativ hohe Geldzins gegenüber einem relativ niedrigen Geldkapitalzins fördert wiederum nicht nur die liquideren gegenüber den illiquiden Sparformen, sondern übt vor allem auch auf die Banken selbst einen erhöhten Anreiz aus, die besonders aus der staatlichen oder institutionellen Geldkapitalbildung erhaltenen „billigen“ langfristigen Mittel ihres Passivgeschäftes zu einem beträchtlichen Teil nicht in dem entsprechenden langfristigen, sondern in dem rentableren kurzfristigen Kreditgeschäft zu aktivieren. Auf diese Weise werden zwar die dem Passivgeschäft der Banken zufließenden Mittel der Nichtbanken gleichzeitig im Aktivgeschäft der Banken wieder mobilisiert, aber der Gleichschritt zwischen langfristigem Passiv- und Aktivgeschäft wird zugunsten einer Aufblähung des kurzfristigen Aktivgeschäftes unterbrochen. Aus den gleichen Gründen wird auch auf der Kreditnachfrageseite über die relative Verknappung der langfristigen Kreditversorgung der kurzfristige Kreditbedarf unfreiwillig solange intensiviert, als aus konjunkturellen Gründen ein relativ hoher Investitionsbedarf und eine entsprechend hohe Investitionsneigung bereit und in der Lage ist, auf die „teurere“ kurzfristige Finanzierung ihres Investitionsbedarfes zurückzugreifen, wenn „billigere“ langfristige Investitionsmittel nicht zu erhalten sind. Auch die zu dem Überschuß im Geldkapitalsektor wesentlich beitragende Geldkapitalbildung des Staates kann zu einem Faktor werden, der über kreditfinanzierte Steuern und Abgaben zur Ausweitung des Kreditvolumens beiträgt und damit den Überschuß im Geldkapitalsektor teilweise kompensiert. Der gleiche Vorgang kann schließlich bis zu einem gewissen Ausmaß selbst bei der als Spareinlage erscheinenden Geldkapitalbildung aus persönlichem Einkommen auftreten. Auch in diesem Falle — wenn nämlich ein Teil der Verbraucher sich kurzfristig verschuldet — bleibt der

normalerweise auf den Verbrauchsgütersektor hemmend wirkende Einfluß einer echten Sparkapitalbildung aus, da die steigenden Sparbeträge hier nicht mit einem entsprechenden Verbrauchsverzicht verbunden sind, sondern durch kreditfinanzierten Verbrauch ermöglicht werden. Dies hat zu einem Teil sicherlich dazu beigetragen, daß die Verbrauchsentwicklung der letzten Monate durch den Sparprozeß nicht in dem Maße hemmend beeinflußt wurde, wie dies ohne die vorgenannten Modifizierungen der staatlichen und privaten Geldkapitalbildung der Fall gewesen wäre.

Auswirkungen bei nachlassender Konjunktur

Die vorgenannten Faktoren, die die Überschüsse im Geldkapitalsektor des Bankensystems über das kurzfristige Aktivgeschäft dem Geldkreislauf wieder zuführen, setzen jedoch ein bestimmtes konjunkturelles Klima voraus. Wird aus konjunkturellen Gründen aus der nur scheinbaren Verbrauchszurückhaltung ein echter auf erhöhter Sparleistung beruhender Verbrauchsverzicht und wirkt dieser wiederum dämpfend auf die Investitionsneigung, dann beginnen die bisher überdeckten kontrahierenden Tendenzen der Überschüsse im Geldkapitalsektor auf die gesamte Geld- und Kreditversorgung wirksam zu werden. Die bisher überhöhte Vorfinanzierung der Investitionen mit kurzfristigen Krediten läßt dann nach, weil die Investition nicht mehr bereit und in der Lage ist, die teuren kurzfristigen Kreditkosten zu tragen. Gleichzeitig nimmt zunächst der kurzfristige Kreditbedarf zur Durchhaltefinanzierung von überhöhten Lägern zu. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß wäre damit eingeleitet.

Verstärkung der kontrahierenden Kräfte

Ein Vergleich der Veränderungen der kurz- und langfristigen Gesamtverschuldung der westdeutschen Wirtschaft und öffentlichen Hand mit den Veränderungen ihrer Gesamtforderungen an das Bankensystem zeigt, daß vom zweiten Vierteljahr 1951 ab gegenüber der vorangegangenen Periode des Korea-Booms ein grundlegender Wandel in der geld- und kreditwirtschaftlichen Situation der westdeutschen Wirtschaft eingetreten ist, der das verlangsamte Tempo der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands ausdrückt. Während vom dritten Vierteljahr 1950 bis zum ersten Vierteljahr 1951 die Kreditversorgung der Nichtbanken eindeutig expansiv ist (siehe Spalte 7), werden vom zweiten Vierteljahr 1951 ab infolge der veränderten Haltung der Nichtbanken (verstärkte Neigung zur finanziellen Reservebildung und zur erhöhten Liquidität) kontrahierende Kräfte sichtbar. Durch die im Verlauf dieser Periode schneller als die Kreditgewährung steigenden Einlagen wird der Rückfluß von geldlichen Mitteln der Nichtbanken

1) Private Wirtschaft und öffentliche Hand.

Veränderung der Geld- und Kreditversorgung der Nichtbanken (ohne Ausland) seit Mitte 1950

Veränderung gegenüber dem Vorvierteljahr in Mill. DM

Vierteljahr	Kurzfristige Kreditnahme (Zunahme — Abnahme +)	Sichteinlagen (Zunahme + Abnahme —)	Bargeldumlauf außerhalb der Banken (Zunahme + Abnahme —)	Kurzfristige Netto- verschuldung der Nichtbanken (Zunahme — Abnahme +)	Sonstige Einlagen (Zunahme + Abnahme —)	Saldo der Geldkapital- bildung ¹⁾	Netto-Kredit- versorgung der Nichtbanken (Zunahme — Abnahme +)
	1	2	3	4	5	6	7
1950 III	— 1 109	+ 847	+ 187	— 75	+ 186	— 445	— 334
IV	— 1 442	+ 291	+ 55	— 1 096	+ 796	— 369	— 669
1951 I	+ 455	— 317	— 390	— 252	+ 286	— 405	— 371
II	— 454	+ 432	+ 489	+ 467	+ 997	— 449	+ 1 015
III	— 797	+ 345	+ 875	+ 423	+ 362	+ 75	+ 860
IV	— 1 414	+ 1 680	+ 145	+ 411	+ 36	+ 471	+ 918

¹⁾ Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—) gegenüber der längerfristigen Kreditgewährung.

an das Bankensystem allmählich größer als der Kreditstrom aus dem Bankensystem zu den Nichtbanken. Besonders im vierten Vierteljahr 1951 gehen trotz der beträchtlichen Aufblähung der kurzfristigen Kredite (siehe Spalte 1) nicht nur vom Geldmarkt (siehe Spalte 2), sondern auch vor allem vom Geldkapitalmarkt (siehe Spalte 6) kontrahierende Kräfte aus, so daß insgesamt ohne die steigende Kassenhaltung der Nichtbanken den Banken rund 773 Mill. DM (siehe Spalte 7 — Spalte 3) mehr Mittel zufließen, als an Krediten von den Banken gewährt wird.

Trotz dieses im vierten Vierteljahr 1951 eintretenden Wandels von einer ausgeprägt expansiven zu einer typisch kontraktiven Konstellation der Geld- und Kreditbeziehungen in der westdeutschen Wirtschaft bleibt die Frage, ob diese sich im vierten Vierteljahr 1951 anbahnenden kontrahierenden Tendenzen der Geldseite durchsetzen und auch konjunkturell wirksam werden, durchaus offen. Zweifelloso ergibt sich jedoch aus dieser globalen Gegenüberstellung, daß die Nichtbanken in erheblichem Umfange geldliche Dispositionsreserven ansammeln konnten und im Rahmen dieser Reserven trotz der Liquiditätsschwierigkeiten innerhalb einzelner Zweige der Verbrauchsgüterindustrie auch über so beträchtliche liquide Mittel verfügen müssen, daß die Auffassung von einer allgemeinen Liquiditätskrise der westdeutschen Wirtschaft nicht haltbar ist. Andererseits ist die Gefahr, daß diese geldlichen Dispositionsfonds und das auf Grund dieser Reserven der Nichtbanken erweiterte Kreditpotential der Banken zu einer unerwünschten

zusätzlichen gütermäßigen Nachfrage führen könnten, unter dem heutigen Aspekt einer verlangsamten konjunkturellen Entwicklung so lange gering, als die Preis- und Gewinnerwartungen nach unten tendieren. Unerwünscht wäre jedoch in jedem Fall eine weitere Zunahme der Überschüsse im Geldkapitalsektor der Banken. Denn gerade unter den Bedingungen einer gedämpften konjunkturellen Entwicklung müssen die Geldkapitalmittel, die die Wirtschaft freiwillig oder auch unfreiwillig aufbringt und dem Bankensystem zur Wiederverteilung für langfristige Investitionszwecke zur Verfügung stellt, der Investition auch in vollem Umfange über das langfristige und nicht über das kurzfristige Aktivgeschäft der Banken wieder zugeführt werden.

Daß für diese ausgeglichene Verteilung des ohnehin knappen Geldkapitals die Normalisierung der jetzigen Zinsstruktur eine von vielen Voraussetzungen ist, muß zumindest insoweit bejaht werden, als durch diese Normalisierung der unerwünschte Anreiz für das Bankensystem fortfallen würde, billige langfristige Mittel der staatlichen oder institutionellen Geldkapitalbildung zu den höheren Sätzen des kurzfristigen Aktivgeschäftes wieder zu verleihen. Auch hierbei bleibt jedoch die Frage, ob diese Normalisierung der Zinsstruktur durch eine Herabsetzung des kurzfristigen Zinsfußes oder durch eine Freigabe, d. h. Heraufsetzung des langfristigen Zinsfußes erfolgen soll, im wesentlichen einer Entscheidung überlassen, die aus der tatsächlichen konjunkturellen Situation heraus getroffen werden muß.

Westberlins Nahrungsmittelhandwerk 1951

Nach der Betriebszählung 1950 gab es in Westberlin 3880 Betriebe des Nahrungsmittelhandwerks mit 19 400 Beschäftigten; 1939 bestanden in Großberlin 8670 Betriebe mit 41 660 Beschäftigten. Das waren 1950 12 vH aller Handwerksbetriebe und 14 vH der im Handwerk Beschäftigten gegen 14 vH bzw. 15 vH im Jahre 1939. Dieses Verhältnis hat sich also in der Nachkriegszeit nur geringfügig geändert. Der Umsatz des Nahrungsmittelhandwerks dagegen betrug im Jahre 1950 rund 40 vH des gesamten Handwerksumsatzes.

Von den verschiedenen Gruppen des Handwerks beansprucht das Nahrungsmittelhandwerk die größte Kapitalausstattung. Dies gilt vor allem für die Betriebe der Bäcker und Konditoren. Die Fleischerbetriebe sind etwas weniger kapitalintensiv, sie haben dafür aber bedeutend höhere Materialkosten.

Stagnierende Umsatzwerte

Das Jahr 1951 brachte für das Nahrungsmittelhandwerk trotz steigender Preise gegenüber 1950 keine nennenswerte Umsatzsteigerung. Mit rund 340 Mill. DM Gesamtumsatz im Jahre 1951 wurde der Umsatz vom Jahre 1950 nur um etwa 6 bis 7 Mill. DM überschritten.

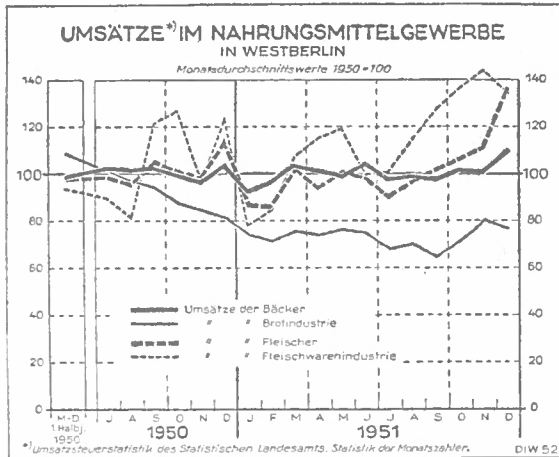
Im Gegensatz zu anderen Handwerksgruppen und auch zur Nahrungsmittelindustrie (vor allem der Fleischwarenindustrie) treten Saisonschwankungen im Umsatz des Nahrungsmittelhandwerks¹⁾ nur schwach hervor. Beim Bäckerhandwerk hat dies seine Ursache in dem un-

elastischen Bedarf der Bevölkerung an Brot und anderen Grobbackwaren. Nur der wechselnde Bedarf an Kuchen, Konditor- und Süßwaren verursacht hier geringe Saisonausschläge. Seit dem letzten Vierteljahr 1950 wirken allerdings auch die allgemeine Zunahme der Wirtschaftstätigkeit und der Einkommen auf die Umsätze des Westberliner Bäcker- und Konditorhandwerks ein, da sich die Nachfrage allgemein stärker auf andere Gruppen als auf Nahrungsmittel, vor allem auf Hausrat und Wohnbedarf und in geringerem Umfang auch auf Textilien konzentriert. So ist im Zuge dieser Entwicklung der Brotverbrauch zurückgegangen, wenn auch nicht in demselben Maße wie im Bundesgebiet. Weit bedeutender waren jedoch die preispolitischen Maßnahmen in Ostberlin und der Sowjetzone in ihrer Auswirkung auf den Absatz des Westberliner Bäckerhandwerks. Die staatliche Handelsorganisation (HO) des sowjetischen Besatzungsgebietes setzte im Oktober 1950 und Januar¹⁾ 1951 die Preise für Brot und Backware herab. Dadurch wurde den Westberlinern die Möglichkeit gegeben, das Brot im sowjetischen Sektor unter Ausnutzung des Währungsgefälles bedeutend billiger als in Westberlin zu kaufen. Infolgedessen fielen die Umsätze der Brotindustrie von Ende September 1950 bis Ende Januar 1951 um mehr als 20 vH (siehe Schaubild). Das Bäckerhandwerk hatte dagegen wenigstens noch einen gewissen Ausgleich durch den Absatz von feinerem Gebäck, der durch die Konkurrenz von Waren des

¹⁾ In der weiteren Untersuchung werden von den Nahrungsmittelhandwerkern nur die Bäcker, Konditoren und Fleischer berücksichtigt; das sind jedoch 98 vH dieser Gruppe.

¹⁾ Zur gleichen Zeit wurde auch die Brotrationierung in der Sowjetzone und Ostberlin aufgehoben, doch war für Westberlin vor allem die HO-Preissenkung entscheidend.

sowjetischen Besatzungsgebietes weniger in Mitleidenschaft gezogen war. Insgesamt belief sich 1951 der Umsatz im Bäckerhandwerk auf 124 Mill. DM. Trotz einer Preissteigerung für Brot und Backwaren von etwa 9 vH lag er 1951 nur etwa ebenso hoch wie 1950.



Das Fleischerhandwerk wurde 1951 insofern von dem Währungsgefälle zwischen Ost- und Westberlin — allerdings geringfügig — getroffen, als im Zuge der Preissteigerungen für Fleisch und Fleischwaren viele Käufer aus dem Osten nicht mehr in Westberlin einkauften. Der wertmäßige Umsatz des Jahres 1951 lag mit 215 Mill. DM — nicht zuletzt aus diesem Grunde — trotz der Preissteigerungen nur wenig über dem des Jahres 1950 (210 Mill. DM). Im einzelnen sind die saisonalen Umsatzschwankungen bei den Fleischern stärker aufgetreten als bei den Bäckern; während der Festtage pflegt die Fleischnachfrage, die elastischer ist als die Brotnachfrage, besonders stark anzusteigen und auch ein Teil des Wurstwareneinkaufs verlagert sich dann vom Lebensmittelhandel auf die Fleischer.

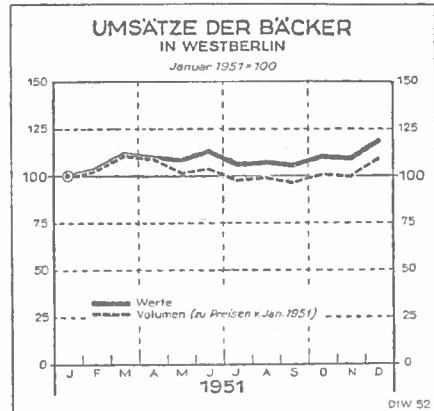
Steigende Preise, sinkende Mengenumsätze

In der Zeit von Januar bis Dezember 1951 sind im Westberliner Preisindex für die Lebenshaltung die Aufwandgruppen „Brot, Kleingebäck und Mehl“ um 9 vH und „Fleisch und Wurstwaren“ um 13 vH gestiegen. Ausgehend vom Stand der Preise im Januar 1951 konnte mit Hilfe dieser beiden Teilindizes¹⁾ aus den Umsatzwerten die Bewegung der Umsatzmengen beim Bäcker- und Fleischerhandwerk ermittelt werden. Dabei zeigt sich für beide Handwerkszweige seit Mai eine leicht fallende Tendenz, die erst durch das Weihnachtsgeschäft wieder etwas ausgeglichen wurde.

Im Bäckerhandwerk erfolgten im Mai und Juni 1951 infolge von Mehlpriiserhöhungen beträchtliche Preissteigerungen. Als Reaktion darauf ging bei fast gleichbleibenden nominellen Umsatzwerten die mengenmäßige Nachfrage nach Brot und Backwaren im Mai sofort entsprechend der Preissteigerung zurück. Ab Juni blieb dann

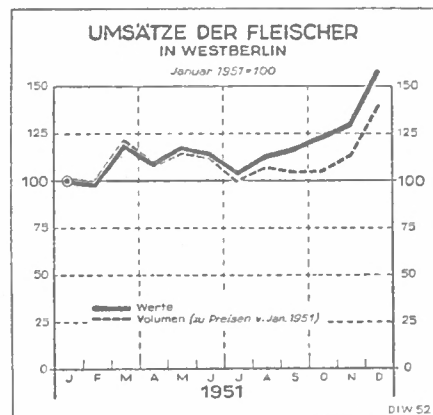
¹⁾ Die angeführten Aufwandgruppen enthalten zwar nicht sämtliche Waren des Sortiments der hier untersuchten Handwerksgruppe, sie dürften aber trotzdem für die Preisentwicklung des gesamten Sortiments als repräsentativ anzusehen sein.

der mengenmäßige Umsatz gleichmäßig um 8 bis 9 Punkte unter dem wertmäßigen Umsatz. Da in den Umsatzwerten auch die wesentlich weniger von Mehlpriiserhöhungen betroffenen Konditor-



waren enthalten sind, muß der Brotumsatz noch stärker gesunken sein. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß der — normalerweise stetige — Bedarf an Brot und Grobbackwaren so sprunghaft zurückgehen kann, ohne nach einer gewissen Übergangszeit zumindest wieder etwas zu steigen. Deshalb wird diese Differenz hauptsächlich durch Käufe eines Teiles der Verbraucher im sowjetisch besetzten Sektor Berlins zu erklären sein.

Bei den Fleischern sind 1951 die Preise im März geringfügig zurückgegangen. Das wirkte bei der stärkeren Elastizität der Nachfrage nach Fleisch und Wurstwaren offensichtlich anregend auf die Mengenumsätze im Ostermonat. Stärkere Preissteigerungen setzten dann wieder ab Juli



ein, denen zunächst die Nachfrage noch folgte. Da sich die Preiserhöhungen aber fortsetzten, ließ die Mengennachfrage ab August nach, so daß im September die verkauften Mengen nur 87 vH des März-Umsatzes ausmachten.

Diese Entwicklung dürfte nicht ohne Folgen für die Kostengestaltung im Nahrungsmittelhandwerk sein. Sinkende Umsatzmengen bedeuten eine schlechtere Ausnutzung des investierten Kapitals und — bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl — ungenügende Beschäftigung der Angestellten. Nur durch die gestiegenen Preise wurde diese Situation zunächst noch verschleiert.

festgesetzt.